

## **Text der Rede von Theo Kneifel anlässlich der Übergabe der gesammelten Postkarten an die parlamentarische Staatssekretärin im BMZ Frau Karin Kortmann am 8. März in Berlin**

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin,  
liebe Frau Kortmann,

wir bedanken uns, dass Sie sich die Zeit nehmen, uns hier vor dem BMZ zu empfangen.

### **Wer sind wir, was wollen wir?**

Wir sind eine kleine deutsche Delegation der internationalen StopEPA-Kampagne. Diese wurde auf dem europäischen Sozialforum in London im Oktober 2004 öffentlich lanciert und entstand auf Initiative unserer afrikanischen Partnerorganisationen.

Heute wollen wir Ihnen die über 2500 Postkarten übergeben, die in den letzten neun Monaten seit dem Evangelischen Kirchentag Ende Mai letzten Jahres im ganzen Bundesgebiet gesammelt wurden. Und wir freuen uns, dass gerade Sie es sind, die im Namen der Ministerin Frau Wieczorek-Zeul diese Postkarten entgegennehmen; denn wir wissen, dass Sie sich seit Jahren in Ihrer politischen Arbeit für die Belange der Entwicklungsländer einsetzen.

Wir sind uns bewusst, dass die gegenwärtigen EPA-Verhandlungen, die jetzt in die entscheidende Phase gegangen sind, komplex sind und vielen Differenzierungen bedürfen, denen wir uns gerne stellen.

Aber dennoch ist unserer Botschaft und die dieser Stop-EPA-Postkarte eindeutig und klar.

Wir lehnen die EPAs in ihrer gegenwärtigen Form, d.h. nach dem EU-Standard, wie sie im EU-Verhandlungsmandat vom DG Trade vertreten werden, ab. Dies aus einem einfachen Grund: Weil EPAs als nahezu wechselseitige Freihandelsabkommen die Entwicklungschancen der allermeisten AKP-Länder eher gefährdet als fördert.

Deswegen unser Stopp-Schild: Stoppt EPAs!  
Keine freie Fahrt für EU-Freihandel!

Dieses Stopp-Schild, wie es auf der Postkarte und unserem Banner erscheint, hat vier kurze Botschaften:

### **1) Die Cotonou-Lokomotive fährt mit überhöhter Geschwindigkeit!**

Die EU-Kommission, welche für die jetzt 25 EU-Staaten multilaterale und bilaterale Handelsabkommen aushandelt, hat eine neue Gangart eingelegt. Sie drängt darauf, dass der allgemein als unrealistisch eingestufte Zeitplan eingehalten wird, und die im Rahmen des Cotonou-Abkommens anvisierten sechs regionalen Freihandelsabkommen (EPAs) bis Ende 2007 unter Dach und Fach sind. Die Begründung: Ende 2007 läuft die von der WTO gestattete Ausnahmeregelung („waiver“) für die bis dahin weiter geltenden Vorzugsbedingungen aus, welche die EU den AKP-Staaten im Sinne privilegierter Marktzugänge einräumt.

Als erstes Gebot gilt es daher, das von der EU unnötig forcierte Liberalisierungstempo zu entschleunigen. Warum sollten die strukturschwachen AKP-Länder in zwanzig Jahren eine Freihandelsentwicklung absolvieren, für welche die Länder des Eu Binnenmarktes über fünfzig Jahre gebraucht haben?

## **2) Zweite Botschaft: Die Fahrpläne sind nicht abgestimmt!**

Die kleinen AKP-Länder sind damit überfordert, komplexe Verhandlungen auf mindestens drei verschiedenen Ebenen führen zu müssen, deren Fahrpläne nicht miteinander abgestimmt sind. Neben den Cotonou-Verhandlungen mit der EU laufen gleichzeitig ähnliche mit den USA, mit ostasiatischen Staaten sowie mit Nachbarländern der Region im Kontext gewachsener regionaler Integrationsbestrebungen. Parallel zu diesen bilateralen Verhandlungen laufen die Verhandlungen auf WTO-Ebene, welche ständig den Bezugsrahmen der WTO-Kompatibilität verschieben. Diese wiederum wird von der EU als Druckmittel für eine forcierte Liberalisierungsagenda benutzt.

## **3) Dritte Botschaft: Die Fahrtrichtung stimmt nicht!**

Die Durchsetzung von EPAs verfehlen auch das von der EU immer wieder beschworene Ziel, dass das Cotonou-Abkommen ein umfassendes Entwicklungsabkommen sein soll, da die eingebaute Freihandelspolitik die anvisierten Entwicklungsziele ständig konterkariert. Die übermächtige Konkurrenz der EU wird zur Zerstörung lokaler Märkte und Produzenten führen. Autonome Ansätze regionaler Integration werden durch den Freihandel mit der EU unterminiert. Die für die AKP-Staaten im Vergleich zur EU höheren Anpassungskosten und die daraus resultierenden geringeren Staatseinnahmen, sowie die von der EU geforderten Privatisierungen im öffentlichen Sektor reduzieren die ohnehin schon durch Strukturanpassungsmaßnahmen geschwächte politische, wirtschaftliche und soziale Steuerungsfähigkeit der jeweiligen Regierungen weiter.

## **4) Vierte Botschaft: Es gibt alternative Fahrtrouten!**

Für diese Alternativen setzen wir uns ein. Wir fordern im Sinne des Artikels 37.6 des Cotonou-Abkommens, dass die EU den AKP-Staaten äquivalente Alternativen einräumt, welche den Entwicklungsnotwendigkeiten dieser Länder besser gerecht werden als EPAs. Wir setzen uns dafür ein, dass spätestens der Review-Prozess im 2. Halbjahr zu dieser Diskussion genutzt wird.

Damit, Frau Staatssekretärin übergeben wir Ihnen diese Postkarten, und bitten Sie, diese an Frau Wieczorek-Zeul weiterzuleiten: Mit der Anerkennung der EPA-Arbeitsgruppe, welche das BMZ eingerichtet hat, und an der wir uns beteiligen; Mit den Forderungen, die wir seitens der internationalen StopEPA-Kampagne vertreten; Und mit der Erinnerung an das Versprechen, das die Ministerin uns in ihrem Antwortbrief vom 16. Juni 2005 gegeben hat: Nämlich im ersten Halbjahr 2007 „die entwicklungspolitische Ausrichtung der EPAs zu einem Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft“ zu machen.

KASA, Heidelberg, den 8. März 2006